



Die Hetze der Hüter der „liberalen Ordnung“



„Es gibt eine neue

Übersichtlichkeit. Auf der einen Seite stehen die Islamisten, auf der anderen die Rechtspopulisten, dazwischen unter immer größerem Druck, die vertraute liberale Ordnung.“ Diese ebenso analytisch armselige wie aber auch offen hetzerische Lagebeschreibung von Nils Minkmar in der aktuellen Ausgabe des „Spiegel“ ist symptomatisch für die noch mächtige, jedoch immer stärker um ihre Dominanz fürchtende links-grün-liberale Elite in Politik, Medien und Gesellschaft Deutschlands.

(Von Wolfgang Hübner, Frankfurt)

Eine intellektuelle Bankrotterklärung ist die Reduzierung aller akuten Probleme auf den Gegensatz von Islamisten hier und „Rechtspopulisten“ dort. Dieser Gegensatz soll also in dem arg geschwächten Gehirn eines Qualitätsjournalisten seine

geliebte und „vertraute liberale Ordnung“ gefährden – welches ein Kurzschluss! Nebenbei ist es von einer geradezu peinlichen Wehleidigkeit, wenn ein Lohnschreiber der Mächtigen als Reaktion auf den Berliner Massenmord kein anderes Problem erkennt als die Bewahrung jener „liberalen Ordnung“, die ihm Privilegien sichert, aber unter vielen Millionen Menschen zunehmend Unsicherheit, Angst und ohnmächtigen Zorn verbreitet.

Was einen Verfechter der „vertrauten liberalen Ordnung“, die in Berlin vor aller Welt gerade als System der organisierten Verantwortungslosigkeit demaskiert worden ist, vor allem kennzeichnet: Die Sorge um seine persönliche Befindlichkeit hat absoluten Vorrang vor dem Schicksal des Gemeinwesens und der Gemeinschaft, in dem und von der er lebt. Die beschworene „vertraute liberale Ordnung“ ist tatsächlich nichts anderes als der teure Maßanzug um den Körper des genussüchtigen Egoisten, der sich seine hochbezahlte Weißwäscherexistenz um keinen Preis der Welt von der Aufregung um „südländische“ Sextäter und einige vom LKW zermalmte Terroropfer verderben lassen will.

Zur Aufrechterhaltung der „liberalen Ordnung“ gehört, das lässt sich aus vielen Texten und Reden ihrer Hüter nachweisen, die skrupellose Hetze gegen all jene, die sich mit den negativen Folgen und Konsequenzen dieser „liberalen Ordnung“ nicht abfinden wollen. Das sind selbstverständlich die bösen „Rechtspopulisten“. Die werden von Minkmar und anderen „Liberalen“ in demagogischer Weise gleichgesetzt mit Islamisten, die bekanntlich das Abschlachten Un- und Andersgläubiger propagieren und vor Massenmorden nicht zurückschrecken. Und damit nicht genug: Auch „Liberale“ mögen Angst vor dem islamistischen Terror haben, doch abgrundtief hassen tun sie nur die „Rechtspopulisten“, die für sie der eigentliche Feind sind.

Dabei tun diese „Rechtspopulisten“ nichts anderes, als mit den fatalen Illusionen und Lebenslügen der Profiteure der

„liberalen Ordnung“ zu brechen, so lange noch Zeit dazu ist. Das geschieht nicht immer mit den feinsten Worten und manchmal auch unter der Gürtellinie. Aber es geschieht nicht mit Gewalt und schon gar nicht mit Mord und Totschlag, sondern im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Wer die Killer-Ideologie der Islamisten mit unbequemen politisch Andersdenkenden gleichstellt, der ist nicht nur ein intellektueller Lump, sondern beweist auch, dass er ein totalitäres Verständnis seiner „liberalen Ordnung“ hat, also selbst ganz gewiss weder liberal noch ein Liberaler ist.



**CSU-Minister fordert Schwein
in Schulkantinen (wenn
Moslems ihr eigenes Fleisch
bekommen)**



Nach einigen von Unkenntnis und Idiotie nur so strotzenden Vorschlägen in der Flüchtlingsfrage haben die aufgescheuchten Hühner aus der Bundesregierung jetzt noch einmal nachgelegt und einen im Ansatz richtigen Vorschlag zur Verpflegung in Schulkantinen vorgestellt. Vernünftig ist er allerdings trotzdem noch nicht.

Zuerst einmal der gute Ansatz von Ernährungsminister Christian Schmidt (CSU, Foto oben):

Kantinen von Schulen und Kindergärten sollten nach Ansicht von Bundesernährungsminister Christian Schmidt (CSU) regelmäßig Gerichte mit Schweinefleisch anbieten.

In Kitas und Schulen sollen Kinder auch in Zukunft Schweinefleisch bekommen: „Dass unsere Kinder kein Schweinefleisch mehr bekommen, ist völlig inakzeptabel“, sagte er der „Bild“-Zeitung.

Es sei ein „Versagen der Schulträger“, wenn Kinder keine ausgewogene Ernährung bekämen. Auch wenn die Zahl der Muslime im Land steige, dürfe man nicht aus Bequemlichkeits- oder Kostengründen für die Mehrheit in der Gesellschaft die Auswahl einschränken, sagte Schmidt. Muslimen ist der Verzehr von Schweinefleisch verboten.

Soweit der vernünftige Ansatz von Schmidt, er wagt sich (zum zweiten Male in diesem Jahr) mit der provokanten Forderung nach Schweinefleisch in die Öffentlichkeit. Unvernünftig ist

das Ganze immer noch, weil der Minister in jeder Kita oder Schule vier verschiedene Menüs zur Auswahl stellen will, sodass kein Vegetarier und vor allem kein Moslem auf seine Forderungen verzichten muss:

Weiter sagte Schmidt: „Fleisch gehört auf den Speiseplan einer gesunden und ausgewogenen Ernährung, auch in der Kita- und Schulverpflegung. Jedes Kind sollte die Auswahl haben, ob es Rind-, Schweinefleisch, Fisch oder eben vegetarisch essen möchte.“

Dieselbe Forderung hatte Schmidt bereits Ende März erhoben. Auch Kanzlerin Angela Merkel hatte im Juli in einer Videobotschaft Migranten zu Toleranz gegenüber deutschen Essgewohnheiten wie dem Verzehr von Schweinefleisch aufgerufen.

Schon jetzt sind die Kosten für die Schulkantinen so hoch, dass dieser Vorschlag zwar sehr liberal und gut klingt, wegen seiner nicht möglichen Umsetzbarkeit aber populistische Schaumschlägerei bleibt, mit der ein paar AfD-Stimmen abgefangen werden sollen. Sein Vorschlag ist nicht zu finanzieren und gerade bei kleineren Küchen auch technisch überhaupt nicht umsetzbar. Also Populismus pur. Anders wird jedoch ein Schuh draus:

Es wird das Fleisch angeboten, was traditionell in unserer Küche angeboten wird, also Schweinefleisch, ab und zu auch Huhn, Rindfleisch oder Fisch. Aber hauptsächlich Schweinefleisch, weil es den Kindern gut schmeckt und gesund und preisgünstig ist.

Wenn Kinder vegetarisch leben wollen, können sie ja jedes Mal Bescheid sagen, dass sie kein Fleisch wünschen und ab und zu sollte für sie dann auch etwas Passendes auf dem Speisezettel stehen. Wenn es technisch und finanziell möglich ist, auch jedes Mal.

Mohammedaner könnten ebenso Bescheid sagen, wenn sie ihr Gericht ohne Schweinefleisch wünschen. Sie könnten sich dann von Kartoffeln und vom Gemüse ernähren, die man auch sehr schmackhaft zubereiten kann oder das vegetarische Gericht wählen. Wer es unbedingt will, sollte von zu Hause in zertifizierten Behältern sein eigenes Fleisch mitbringen dürfen. So einfach geht das, und fertig.

Guten Appetit allen Lesern und – weiter schön AfD wählen. Wie man sieht, regiert sie bereits mit, ohne überhaupt in der Regierung zu sitzen. Das Original wird später dafür sorgen, dass wirklich wieder Schweinefleisch in die Kantinen gelangt und plumpe Mogelpackungen wie die von Schmidt keine Chance haben.



ZEIT-Chef Josef Müller-Marein über algerische Handtaschenräuber



Die Leute, die kommen, sind nicht immer die Willkommenen. Es sind Menschen unter ihnen, die nichts gelernt haben und nur als Gelegenheitsarbeiter ihr Leben fristen können. Und nicht umsonst tragen Übeltäter, die in den „vermischten Nachrichten“ der Großstadtzeitungen vorkommen und deren „Arbeit“ beispielsweise im Handtaschenraub besteht, so oft algerische Namen. Je größer die Quantität des Zustroms, desto schwächer die Qualität der Zugeströmten. Kranke Algerier werden ohnehin nicht zugelassen, und die Untersuchungen ergeben, daß 14 Prozent von ihnen krank oder nicht gesund genug zur Arbeit sind. Sie lungern nun in äußerster Not herum bis zum Moment, wo sie wieder abgeschoben werden. Die meisten haben alles auf eine Karte gesetzt: auf die Fahrkarte.

Verbitterte Franzosen sagen: „Es ist der Charakter!“ Ich würde sagen: Es ist die Not. Jedenfalls: kaum im Hafen eingetroffen, kaum untersucht und untauglich befunden – schon werden erstaunlich viele kriminell...

(Ja, das waren Zeiten – 20. März 1964, als der Chefredakteur der ZEIT, Josef Müller-Marein, noch die Wahrheit schreiben durfte! Heute lügt das postfaktische Pseudo-Intelligenzblatt alles Negative über Asylanten ratzekahl weg!)



Udo di Fabio: Merkel ist Verfassungsbrecherin



Das Gutachten ist für Angela Merkel ein Donnerschlag. Der Verfassungsrechtler Udo di Fabio kommt nach juristischer Prüfung der aktuellen Migrationskrise zu einem erschütternden Befund: Die Bundesregierung bricht mit ihrer Weigerung, die Landesgrenzen umfassend zu kontrollieren, eindeutig Verfassungsrecht. In dem Gutachten heißt es: „Der Bund ist aus verfassungsrechtlichen Gründen (...) verpflichtet, wirksame Kontrollen der Bundesgrenzen wieder aufzunehmen, wenn das gemeinsame europäische Grenzsicherungs- und Einwanderungssystem vorübergehend oder dauerhaft gestört ist.“ [...]

Mit dem Gutachten di Fabios wirkt Merkels Politik als fortdauernder Rechtsbruch. Die Kritik dürfte nun lauter werden an der Kanzlerin, die per Handstreich das geltende EU-Recht außer Kraft gesetzt und ihre eigenen Regeln der Moralität proklamiert hat. Insbesondere im europäischen Ausland, wo man

sich über Merkels Sonderweg zusehends empört. Es werden nun diejenigen bestärkt, die Merkel vorwerfen, sie habe damit eine Krise der Rechtsstaatlichkeit ausgelöst, womöglich eine Kettenreaktion von Gesetzesbrüchen angestoßen, die schließlich in den Übergriffen von Köln kulminierten. Das Gutachten rührt so unmittelbar an die Integrität der Kanzlerin, und die nun folgende Debatte dürfte für Merkel unangenehm werden... *(Der ganze Artikel steht im European!)*



Gröhes genialer Einfall: Flüchtlinge als Pfleger



Nachdem Merkel im Stile eines Kim Jong Un den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft darüber belehrt hatte, dass ihnen Berufskraftfahrer fehlen und dass man zur Lösung verbilligte Führerscheine anbieten müsse, folgt nun der nächste Rohrkrepierer. Im Auftrag seiner Führerin Kanzlerin hat jetzt Bundesgesundheitsminister Hermann

Gröhe – wir erinnern uns: das ist der mit der Deutschlandfahne 2013 – herausgefunden, warum man die ins Land geschafften Fachkräfte sehr gut gebrauchen kann. Gesundheitsfachkräfte sollen sie jetzt werden, und den Armen und Schwachen in der deutschen Gesellschaft beistehen, denen sonst niemand mehr helfen will. Und dadurch sollen sie sich dann integrieren.

Gröhes genialer Einfall im Focus:

Deutschland leidet unter einem massiven Mangel an Pflegekräften. Kein Wunder: Die harte Arbeit wird mit niedrigen Gehältern entlohnt. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe will das Problem jetzt mit dem Einsatz von Flüchtlingen bekämpfen.

Gröhe weiß genau, was er will und stellt dem verblüfften deutschen Publikum die Details seiner Idee vor:

- Das seien Chancen für anerkannte Flüchtlinge
- wichtig sei, dass sie die Sprache beherrschen
- und Abstriche bei der Qualifikation „soll“ es nicht geben
- Betreuungsassistenten sind nach 100 Stunden Ausbildung einsatzbereit, ergänzt der Focus in seinem Sinne
- es erwarten die frischen Pflegekräfte eine harte Arbeit und
- ein äußerst geringer Lohn.

Wie wir alle wissen, sind die Fachkräfte gerade darin ausgewiesene Spezialisten, wie man bereits an ihrem Engagement für die Armen und Schwachen in ihren Asylantenheimen sehen konnte, wo sie neben der unentgeltlichen barmherzigen Hilfe für ihre Mitbewohner/innen ja auch erste Übungen in Sauberkeit und Hygiene absolviert haben.

Den an weiteren Details Interessierten empfehlen wir ein Studium der Kommentare unter dem Artikel, in denen dargestellt wird, wie gerade muslimische Helfer durch ihren Glauben hoch motiviert an die Arbeit gehen werden, siehe z.B. den von Elke Pöhle:

Die Pflege der überwiegend weiblichen Pflegebedürftigen (die vorher selbst ihre Männer versorgt und gepflegt haben) wird sicher nicht von arabischstämmigen Männern übernommen. Sie möchten nicht einmal die Haare von Frauen sehen, wie soll das dann bei der Körperpflege alter Damen klappen? Hände sind mit alkoholhaltigen Präparaten zu desinfizieren. Zeit zum Beten bleibt nicht in den Schichten oder Touren. Und Dienen ist ohnehin nicht Männersache in dieser Kultur. Aber die arabischen Frauen sollen sich auch um Heim und Herd kümmern. Also für diese große Gruppe wird die Pflege nicht die Lösung sein.

Genau die Richtigen, die wir Herrn Gröhe und seiner Chefin von ganzem Herzen an den Hals wünschen, sollten sie einmal alt, schwach und pflegebedürftig werden.



**PI-Kritik an LKA-Chef
Michelfelder falsch**



Widerspruch! Der PI-

Artikel von Sonntag „LKA-Chef: Graffiti sind schuld, nicht Merkel“ ist falsch. Der baden-württembergische LKA-Chef Ralf Michelfelder (Foto) hat in seinem dpa-Interview keineswegs auf den aktuellen Islam-Terror in Berlin Bezug genommen, sondern ganz allgemein die Verwahrlosung unseres öffentlichen Raums im Laufe der letzten Jahre angesprochen, womit er vollkommen recht hat. Bezug genommen hat er auch ausdrücklich auf die *Broken-Windows-Theorie*, die in New York unter Bürgermeister Rudolph Giuliani glänzend ihre Bestätigung erhielt.

Nach der „Broken-Windows-Theory“ bewirken folgende Faktoren den Niedergang eines Stadtgebiets und das Ansteigen der Kriminalität:

- 1. Der sichtbare Verfall und die Verlumpung der Umgebung bleibt nicht folgenlos.*
- 2. Dieser Verfall lockt ungebetene Gäste an, die merken, dass eine Kontrolle in dieser Gegend nicht stattfindet.*
- 3. Das vermehrte Auftreten zwielichtiger Gestalten ängstigt die Bürger, die sich zurückziehen. Die Kriminalität steigt.*
- 4. Der Anstieg der Kriminalität erhöht die Angst weiter, anständige Bürger ziehen weg.*
- 5. Die Bevölkerungsstruktur einer bestimmten Gegend wird dadurch immer krimineller.*

In New York führte der Polizeichef William Bratton aufgrund dieser Theorie einst folgende Maßnahmen ein:

1. Schnellgerichte bestrafen den illegalen Besitz, Handel und Gebrauch von Schusswaffen.
2. Auch kleine Vergehen wie Schwarzfahren, Betteln oder Schuleschwänzen wurden rigoros verfolgt, auffällige Personen kontrolliert.
3. „Null Toleranz“ gegen Ordnungswidrigkeiten wie Straßenhandel, Hütchenspielen oder laute „Ghettoblaster“. Kleindealern wurde sofort das Geld abgenommen und ihr Fahrzeug eingezogen; Hausverbote. Wer in öffentlichen Verkehrsmitteln bettelte oder randalierte, kam für einige Tage in Haft.
4. Graffiti an Häusern und auf öffentlichen Verkehrsmitteln wurden binnen eines Tages beseitigt, damit kein Sprayer die Gelegenheit bekam, sein Werk nochmals zu bewundern oder bewundern zu lassen. Für diese Putzarbeiten wurden häufig zu gemeinnütziger Arbeit Verurteilte herangezogen.
5. Zuvor verwahrloste und verschmutzte Örtlichkeiten wurden aufgeräumt und gereinigt.
6. Die Zusammenarbeit mit Bürgern in der Stadt wurde gesucht. Diese sollten sich für bestimmte Stadtteile verantwortlich fühlen und die Polizei informieren. Daneben wurden Bürgerwehren organisiert, die Kontrollaufgaben in ihrem Stadtteil übernahmen.
7. Die Polizei wurde aufgestockt. Sichtbare Präsenz durch vermehrte Fußstreifen.
8. Dazu kamen härtere Strafgesetze, beispielsweise die „three strikes Regel“. Wer zum dritten Mal erwischt wurde, kriegte keine Nachsicht mehr, sondern eine ganz saftige Strafe.

Und siehe da, New York wurde deutlich sicherer! Näheres in Wiki. Und dort im linken Wikipedia kommen auch reihenweise deutsche „Studien“ und Larifari-Professoren zu Wort, die diese Theorien und den Erfolg der Methoden bestreiten, dabei war alles höchst erfolgreich und wurde in vielen Teilen der Welt nachgeahmt. Warum bitteschön sollte ausgerechnet PI das kritisieren? Der baden-württembergische LKA-Chef Michelfelder

liegt mit seiner Graffiti-Beobachtung genau richtig!



Obdachlosenanzünder gefasst: 6 Syrer, 1 Libyer

☒ Alle sieben Täter, die in der Nacht des Heiligen Abends einen 37-jährigen schlafenden Obdachlosen anzündeten, sind dingfest: Sechs davon sind Syrer, einer Libyer. Einer wurde an seiner Meldeadresse in Berlin-Hohenschönhausen festgenommen, die übrigen sechs haben sich freiwillig gestellt. Die Bild bezeichnet die Typen, die zwischen 15 und 21 Jahre alt sind, alle als „Männer“. Die Verharmlosung „Jugendliche“ gehört offensichtlich der Vergangenheit an. Wer einen Menschen bei lebendigem Leibe verbrennen will, hat kein Anrecht auf wohlwollende Formulierungen mehr. Und eigentlich auch nicht auf Anwendung des Jugendstrafrechtes, zumal die Mehrzahl dieser Mohammedaner schon polizeibekannt sein soll. Nun wollen wir noch erfahren, wie lange diese Kriminellen schon in Deutschland sind und ob sie als ominöse „MUFLs“ (minderjährige unbegleitete „Flüchtlinge“) in unser Land eingedrungen sind. Hier die Meldung bei der BILD.



Appell an Journalisten in Deutschland



Am 4. Dezember wurde auf dem Bundesparteitag der Partei „Die Freiheit“ in Nürnberg einstimmig ihre Auflösung zum Jahresende beschlossen. In der darauf folgenden Urabstimmung haben die Mitglieder diesen Entschluss bestätigt. Damit wird dokumentiert, dass alle politischen Aufgaben inklusive der Islamkritik in den Händen der AfD bestens aufgehoben sind und die „Freiheit“ nicht mehr benötigt wird. Ich möchte mit dieser letzten Email als Bundesvorsitzender dieser Partei noch einen eindringlichen Appell an Sie richten.

(Von Michael Stürzenberger)

Beenden Sie die beschönigende, verharmlosende und vertuschende Berichterstattung zum Thema Islam. Es ist nicht zielführend,

den Kopf in den Sand zu stecken. Durch Appeasement wird alles nur noch schlimmer, das lehrt auch die Geschichte.

Die Aufklärung über die gefährliche politische Ideologie, die untrennbar mit der Religion Islam verbunden ist, hat nichts mit Kritik an Menschen zu tun. Es geht nicht darum, Moslems zu diskreditieren, sondern ihnen zu helfen, die brandgefährlichen Bestandteile des Islams wie bislang einschnürende Fesseln abzuschütteln.

Wenn wieder ein Terror-Anschlag geschieht und der ausführende Moslem dabei „Allahu Akbar“ ruft, übersetzen Sie das bitte nicht wieder fälschlich mit „Gott ist groß“. Es heißt „Allah ist größer“ und dokumentiert den Anspruch des Islams, die einzig wahre Religion zu sein, die auch die alleinige weltliche Macht für sich beansprucht. Der islamische Gott Allah hat nichts mit dem christlichen neutestamentarischen nächsten- und sogar feindesliebenden Gottesbild zu tun, sondern ist sein exaktes Gegenteil.

Formulieren Sie nicht mehr vom „sogenannten“ Islamischen Staat. Es IST der Islamische Staat. Alles, was dort geschieht, orientiert sich exakt am Koran und an dem Vorbild des Propheten Mohammed, der mit der Urgemeinde des Islams ebenfalls raubte, versklavte, eroberte, Kriege führte, tötete, köpfte und Kritiker umbrachte.

Vergessen Sie nie, dass der Prophet Mohammed im Islam als „Siegel der Propheten“ gilt, der die Botschaft Allahs als letzter verbindlich verkündete und der als „vollkommener Mensch“ sowie „perfektes Vorbild“ gilt, dem nachzuzuhmen ist.

Behaupten Sie nie wieder, der Islamische Staat hätte nichts mit dem Islam zu tun. Er verkörpert zu 100% den reinen und ursprünglichen Islam.

Behaupten Sie ebenfalls nie wieder, dass Terror-Anschläge, die von Moslems durchgeführt werden – alleine seit 9/11 bisher 29.993 – nichts mit dem Islam zu tun hätten. Sie sind die

exakte Befehlsausführung, die sich aus dem Koran ergibt. Beachten Sie, dass der Koran, im Gegensatz zur Bibel, Wort für Wort als direkter und zeitlos gültiger Befehl des Gottes Allah gilt.

Die Scharia, das islamische Gesetzeswerk – aus unserer Sicht menschenverachtend und barbarisch – ist für Moslems verpflichtend. Daher haben auch alle islamische Staaten ihre sogenannte „Menschenrechtserklärung“ von Kairo untrennbar mit der Scharia verknüpft.

Verbreiten Sie nie wieder unkritisch die Aussagen von Islamfunktionären wie Aiman Mazyek. Es ist seine Aufgabe, den Islam zu schützen. Dazu darf er lügen, was sich im Islam „Taqiyya“ nennt. Wenn er harmlose Koranverse zitiert, stammen sie aus der Anfangszeit des Propheten aus Mekka, als er wenig Anhänger hatte und ohne Einfluss war. Diese harmlosen Verse sind allesamt durch die späteren Verse aus der Zeit in Medina abrogiert (ersetzt), als Mohammed Macht und ein Kriegsheer besaß. Dort entstanden die letztlich gültigen Gewalt-, Kampf-, Kriegs- und Tötungsbefehle.

Wenn Mazyek behauptet, das Töten sei im Islam verboten, lügt er dreist. Er zitiert gerne unvollständig den Koranvers 5:32, der den Juden verkündet wurde und der das Töten mit einer ganz entscheidenden Einschränkung verbietet. Wer hingegen „Unheil“ anrichtet, darf jederzeit getötet werden, und darunter fällt auch Kritik am Islam, die Weigerung, sich dem Islam zu unterwerfen und die Behinderung seiner Ausbreitung. Dies wird auch am gleich darauf folgenden Vers 5:33 deutlich:

*„Der Lohn derer, die gegen Allah und Seinen Gesandten Krieg führen und Verderben im Lande zu erregen trachten, soll sein, daß sie **getötet oder gekreuzigt werden** oder daß ihnen **Hände und Füße wechselweise abgeschlagen** werden oder daß sie **aus dem Lande vertrieben** werden.“*

Der Koran beinhaltet 27 direkte Tötungsbefehle wie „Tötet die

Ungläubigen, wo immer Ihr sie findet“ (2:191) und sie gelten, wenn sich ein Moslem dazu berufen fühlt, Dschihad gegen „Ungläubige“ auszuführen.

Lassen Sie sich nicht davon täuschen, dass sich die meisten Moslems hierzulande bisher relativ friedlich und unauffällig verhalten. Hierzu sind sie laut islamischem Rechtsgutachten in der Situation der Schwäche auch aufgefordert. Erst, wenn der Islam in Mehrheitspositionen ist, müssen sie dem Islam allesamt kompromisslos an die Macht verhelfen. Davor gilt es, die „Ungläubigen“ immer wieder in „Schrecken“ zu versetzen, und das bedeutet auch gezielte Terroranschläge. Gleichzeitig werden unablässig Forderungen gestellt, um die Verhaltensweisen von Moslems und die Gesetze des Islams in der Gesellschaft zu verankern.

Vergessen Sie nie, dass der Islam und der National-Sozialismus einen Pakt miteinander eingegangen sind und sich gegenseitig die Ähnlichkeit ihrer Ideologien bestätigten: Führerkult, totalitäres Denken, alleiniger weltlicher Machtanspruch, Volks-Religionsgemeinschaft, Herrenmenschekult, Juden Hass, Gewalt- und Tötungslegitimation.

Sie haben als Journalisten die Pflicht, die Bevölkerung objektiv zu informieren. Machen Sie sich anhand der Primärquellen Koran und Hadithe über den Islam kundig. Der Islam ist die größte Bedrohung, der wir im 21. Jahrhundert gegenüberstehen.

Informieren Sie sich anhand von Islamkritikern, die sich wirklich auskennen und ohne Tabus aufklären. An erster Stelle ist Hamed Abdel-Samad zu nennen, dessen Vater Imam in Ägypten und er selbst eine Zeitlang Mitglied der Muslimbrüder war. Er ist ein absoluter Fachmann wie kein Zweiter. Seine Bücher „Der Islamische Faschismus“, „Mohammed – eine Abrechnung“ und „Der Koran“ sind wegweisend.

Ich selber werde als Journalist an der Aufklärung über den

Islam weiterarbeiten. Ziel muss sein, den Islam von allen verfassungsfeindlichen Bestandteilen zu befreien, seinen weltlichen Machtanspruch zu beenden, die Gewalt, das Töten und die Frauenunterdrückung wegzubekommen sowie die Scharia als für alle Zeiten ungültig zu erklären. Zudem muss das bislang vorherrschende Weltbild des Islams, in dem die noch nicht islamisch beherrschten Länder als „Haus des Krieges“ (dar al-harb) bezeichnet werden, aufgelöst werden. Sonst wird der Terror niemals aufhören.

Es muss Moslems klargemacht werden, dass Gesetze von Menschen gemacht werden, nicht von irgendwelchen Göttern, und dies Tag für Tag an die Lebenswirklichkeit angepasst wird. Die Gesetze aus dem 7. Jahrhundert, die von einem „Propheten“ auf dem Gebiet des heutigen Saudi-Arabiens verkündet wurden, dürfen heutzutage keine Rolle mehr spielen, sonst fallen wir in die Barbarei zurück.

Einen herzlichen Dank an alle, die den steinigen Weg der „Freiheit“ seit 2010 begleitet haben. Es erforderte viel Mut, denn wer die Wahrheit sagt, braucht bekanntlich oft ein schnelles Pferd. Aber die Arbeit war nicht umsonst, sondern hat vielen Menschen die Augen geöffnet.

Mit zutiefst besorgten Grüßen, aber trotzdem besten Wünschen für 2017,

Michael Stürzenberger

Journalist

Wiedergründungsmitglied der Weißen Rose von 2012

(Diese Pressemitteilung wurde heute um 9:50 Uhr an die Journalisten in Deutschland gesendet. Keiner wird sich mehr herausreden können, er hätte von nichts gewusst)



Nur regional bedeutend: Kirchenbrand in Veddel



Die treffende Analyse von Georg S. auf PI, in der er die Anschläge von Dresden (Moschee) und Garbsen (Kirche) vergleicht, hat sozusagen eine Fortsetzung erfahren. Zur Erinnerung: Ende September gab es einen „Anschlag“ auf eine Dresdner Moschee, ein Sprengkörper wurde an der Eingangstür gezündet. Die Reaktionen waren Empörung und Entsetzen, die Gefahr für Leib und Leben der Personen in der Moschee wurde herausgestellt, die Bundeskanzlerin erschien persönlich.

Und dann gab es jetzt zu Weihnachten in der Nacht zu Sonntag einen Brandanschlag auf die Immanuelkirche im Hamburger Stadtteil Veddel, bei der ebenfalls Menschen in Gefahr gerieten und eine Mitarbeiterin aus der Wohnung nebenan hätte verbrennen können.

Der Spiegel berichtet:

Die Immanuelkirche im Hamburger Stadtteil Veddel sei knapp einer Katastrophe entgangen. Das sagte die Diakonin Uschi Hoffmann gegenüber NDR 90,3, nachdem Unbekannte an

Weihnachten in der Kirche ein Feuer gelegt hatten. Wie ein Polizeisprecher am Montag mitteilte, stellten die Täter in der Nacht zu Sonntag in einer Wohnung, die an den Kirchenvorraum angrenzt, Möbel zusammen und entzündeten diese. Eine Mitarbeiterin, die in der Wohnung nebenan wohnt, bemerkte demnach Brandgeruch. Das Feuer war nach Angaben des Sprechers bereits erloschen, die Möbel verkohlt.

Während aber über die Moschee in den überregionalen Nachrichten mit großer Betroffenheit berichtet wurde, gesteht die ARD bzw. deren Ableger NDR dem Ereignis von Hamburg erneut nur regionale Bedeutung zu. Und so findet man auch nur auf der Hamburg-Regionalseite einen schwer zu findenden Vermerk unter der Kategorie „Kurzmeldungen“:

Veddel: Polizei ermittelt nach Brand in Kirche

Die Hamburger Polizei ermittelt nach dem Brand auf dem Gelände der Immanuelkirche auf der Veddel. In der Nacht zu Sonntag waren dort Unbekannte eingebrochen und hatten offenbar in einem Lagerraum ein Feuer gelegt. Es ging aber von alleine wieder aus. Verletzt wurde niemand. Diakonin Uschi Hoffmann sagte zu NDR 90,3, die Kirche sei nur knapp einer Katastrophe entgangen. | 26.12.2016 13:45

Wie kommt der NDR zu seinen Entscheidungen, welche Anschläge in großer Aufmachung gebracht werden und welche nur unter ferner liefen? Man wird vielleicht behaupten, dass es eine Einflussnahme der Politik nicht gebe, niemand rufe an und sage, was berichtet werden soll. Das ist auch nicht nötig. Deutsche Politiker wie Gabriel oder Merkel verleihen wichtigen Ereignissen (in ihrem Sinne) durch ihr persönliches Erscheinen sozusagen die höhere Weihe, werten sie dadurch zu einem überregionalen Ereignis auf und erzwingen gewissermaßen eine überregionale Berichterstattung. Umgekehrt signalisieren sie durch ihr Nichterscheinen, dass sie an einer Berichterstattung kein Interesse haben.

Selbst die Opfer des Anschlages begehren nicht auf angesichts des Terrors gegen ihre Kirche, keine Klage, keine Mitteilung auf der Homepage. Vielleicht liegt es daran, dass auch sie Merkels „Willkommenskultur“ nicht durch eine „unnötige“ Berichterstattung gefährden wollen, die einen im Merkelschen Sinne „falschen Verdacht“ entstehen lassen könnte.

Zitat auf kirche-veddel.de:

Die Kirche auf der Veddel ist ein offener und aktiver Teil des multikulturellen und -religiösen Stadtteillebens.

So das Selbstverständnis der Gemeinde. Offensichtlich will man das nicht gefährden, um keinen Preis der Welt, selbst wenn das eigene Gotteshaus brennt.



Ethische Pflicht zur Fundamentallopposition



Wer hätte als Westdeutscher vor zwanzig, dreißig Jahren noch gedacht, selber einmal vor die Gewissensfrage der ehemaligen DDR-Bürger gestellt zu werden, die da lautet: Wie habe ich mich in einem Staat zu verhalten, dessen Regierung kapitale Rechtsbrüche begeht, die Verfassung mißachtet, sich willkürlich über geltende Gesetze erhebt und im Namen einer verhängnisvollen Ideologie verantwortungslose Politik gegen das eigene Volk betreibt?

Die moralische Pflicht zur Fundamentalopposition wird immer dort notwendig, wo sich Regierungen historischer Verbrechen schuldig machen. – Wer aber hätte gedacht, im eigenen Land selber noch einmal Zeuge solcher Verbrechen zu werden, und zwar nicht nur deshalb, weil vor unseren Augen der freiheitlich-souveräne Nationalstaat seit Jahrzehnten von innen heraus zerstört wird? Vielmehr müssen wir doch beobachten, wie der gesamte Kontinent angesichts der heranrollenden Migrationsströme wehrlos-wohlwollend seiner ethnisch-kulturellen Selbstauslöschung entgegengeht.

Allein bis 2030 dürften über hundert Millionen Afrikaner und Orientalen Einlaß in die Versorgungsapparate Europas begehren. Wer davor die Augen verschließt oder sogar meint, moralisch dazu verpflichtet zu sein, die eigenen Räume für eine solche »Herausforderung« zu öffnen und damit Heimat im großen Stil zu vernichten, begeht ein historisches Verbrechen am eigenen Volk. Diese Situation zwingt, wie spätestens 1939 im Dritten Reich oder 1953 in der DDR, zu einer Gewissensentscheidung: Will ich zu den Tätern zählen oder zum Widerstand? Denn ein Drittes gibt es nicht. In einer solchen Lage muß man sich

positionieren. Wer schweigt, auch im Privaten, steht, ob er das will oder nicht, auf der Seite der Täter.

Das Regime verteidigt sein Monopol auf die Lüge, indem es diejenigen, die gegen die institutionalisierte Verlogenheit demonstrieren, als »Bedrohung der Pressefreiheit« und als »Haßprediger« denunziert. – Schamloser kann man die Dinge nicht pervertieren! Doch wie verräterisch ist beispielsweise die Aussage, daß die Pressefreiheit bedrohe, wer die Staatsmedien auffordere, wahrheitsgemäß zu berichten! Wurden die Montagsdemonstrationen einst nicht auch als Angriff auf die »Freiheit« der DDR gewertet? – Natürlich hat der Wille zur D-Mark und also zur Konsumfähigkeit stets mehr Menschen mobilisieren können als der Wille zur Wahrheit. Das wissen auch die Profiteure des jetzigen Systems, und darin besteht ein nicht zu unterschätzender Teil ihrer Macht.

Wer Tatsachen und nicht Gesinnungsgehorsam als Maßstab moralischen Handelns zugrunde legt, kann den herrschenden Eliten so wenig guten Gewissens loyal gegenüberstehen wie der DDR-Führung nach 1953. Die Frage, ob jemand »rechts« oder »links« fühle, darf dort keine Rolle mehr spielen, wo ein politisches System alle Skrupel verloren hat, seine politische Religion gegen das Wohl des eigenen Volkes durchzusetzen. Wo sich beinahe alle medial präsentierten Gesichter an der Verdrehung der Tatsachen beteiligen, sei es aus echter Gesinnungstreue, sei es um ihrer Karriere willen, kennt das »moralische Gesetz in mir« keine Parteien mehr, sondern nur noch ehrbare oder charakterlose Menschen.

Es ist unwahrscheinlich, daß die »Rechten« im Schnitt »bessere Menschen« sind als die Vertreter und Profiteure der herrschenden Machtverhältnisse; aber sie zeigen den historisch notwendigen Mut, sich gegen den Totalitarismus eines zu Ende gehenden Zeitalters zu erheben. Die Situation der heutigen Alteuropäer ähnelt ein wenig der Lage jener amerikanischen Ureinwohner, denen spätestens ab 1850 nicht mehr verborgen bleiben konnte, daß sich die tradierten Lebensgewohnheiten und

Realitäten ihres Landes fundamental wandelten. Und die sogenannten »Rechten«, das sind nun diejenigen Indianer, die nicht kampflös in die Reservate wollen.

Freilich liegt es in der Natur historischer Verbrechen, daß sie, während sie sich ereignen, von der Allgemeinheit als solche zumeist gar nicht erkannt, sondern sogar gutgeheißen werden, bis ein Regimewechsel stattfindet, der das moralische Koordinatensystem verschiebt und der bis dahin unterdrückten Gegnerschaft überhaupt erst öffentlich Gehör verleiht. Weil es unter Menschen keine a priori gültige Moral gibt, gilt als moralisch »richtig« und »gut«, was die jeweils Herrschenden im Bunde mit dem Zeitgeist für moralisch »richtig« und »gut« erklären. So konnten etwa die Urteile der Inquisition erst dann objektiv bewertet werden, als die Täter nicht mehr die gültige Moral bestimmten. Die Moral der herrschenden Kirche verlangte jahrhundertlang nach Hexenprozessen, und die Menschen verhielten sich moralisch »richtig«, wenn sie verdächtige Personen der Inquisition auslieferten, um die Welt vom »Bösen« zu befreien. – Heute steht öffentlich nicht einmal zur Diskussion, ob es »moralisch anständiger« sei, Millionen vor allem junger Männer aus allen sogenannten Krisengebieten der Welt nach Europa zu locken, um sie hier zu versorgen und ihnen eine »bessere Zukunft« zu ermöglichen, als sich dafür einzusetzen, die indigenen Europäer vor solchen Umwälzungen und Einschnitten zu bewahren.

Wie aber konnte es überhaupt dazu kommen? Die intellektuelle Empörung gegen die ethnisch-kulturelle Selbstabschaffung des Abendlandes bleibt auch deshalb so gering, weil das gesamte System mehr denn je auf der Korruptionsbereitschaft seiner Profiteure gründet. Das allgemeine Versagen der Funktionsebenen aufgrund von Eitelkeit, Opportunismus und Selbstherrlichkeit ist der »Verrat der Intellektuellen« an der Vernunft, den als einer der ersten der französische Sozialphilosoph Julien Benda bereits 1927 beklagte und den fast sämtliche erfolgsorientierten Intellektuellen mit der

Selbstverständlichkeit aller Zeitgeistgeschöpfe immer wieder begehen. Sie meinen, sie seien automatisch im Recht, weil sie die jeweils herrschende Gesinnungsmode repräsentieren. – Aber derlei Moden können wechseln; und jeder gewiefte Intellektuelle hat ein Gespür dafür entwickelt, wann er sich wo welche Tagesmeinung zu eigen machen sollte, um dem Betrieb und damit sich selber zu gefallen.

(Auszug aus einem Artikel von Frank Lisson, der in der aktuellen Druckausgabe der Zeitschrift „Sezession“ erschienen ist. Das Jubiläumsheft, die Ausgabe Nr. 75, kann hier bestellt werden, ebenso ein kostenloses Probeexemplar)